



Sessionsvorschau Herbstsession 2020 – Netzwerk Kinderrechte

In der Herbstsession sind zahlreiche Vorstösse traktandiert, die die Kinderrechte betreffen: Der **Nationalrat** wird sich nach dem Ständerat mit der Motion Ständerat Ruedi Noser «[Ombudsstelle für Kinderrechte](#)» befassen die der Ständerat bereits angenommen hat. Die Motion fordert die Schaffung einer Ombudsstelle für Kinderrechte, die diese bezüglich ihrer Rechte beraten und so für das Kind den Zugang zur Justiz sicherstellen soll. Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz unterstützt diesen Vorstoss (mehr dazu im [Webbeitrag](#) des Netzwerks Kinderrechte). Weiter wird der Nationalrat die Standesinitiative des Kantons Genf beraten, die ein [Verbot der Administrativhaft für Kinder](#) fordert. Bisher haben sich die staatspolitischen Kommissionen beider Räte gegen ein absolutes Verbot ausgesprochen. Gleich mehrere kinderrechtlich relevante Aspekte sind in der Debatte zu den bundesrätlichen Legislaturzielen 2019-2023 Thema: Bereits zugestimmt hat der Ständerat dem Antrag seiner Spezialkommission, der die Verabschiedung einer Botschaft zur politischen Bildung der jungen Generation fordert. Die nationalrätliche Spezialkommission hat nun noch weitere Massnahmen ergänzt, die kinderrechtlich relevant sind: Zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials und mit dem Ziel, die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern zu fördern, soll eine nationale Strategie und eine Botschaft zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verabschiedet werden und um Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt zu minimieren, soll zudem ein weiterer, entsprechender Aktionsplan verabschiedet werden. Schliesslich wird sich der Nationalrat mit der vereinfachten [Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister](#) befassen. Betroffene Personen sollen künftig ihr eingetragenes Geschlecht und ihren Vornamen rasch und unbürokratisch ändern können. Dies gilt allerdings nur für Erwachsene, für Kinder werden die Hürden erhöht. Fach- und Kinderrechtsorganisationen fordern, dass der Nationalrat Anpassungen zu Gunsten der Kinderrechte an der Vorlage vornimmt (vgl. den [Webbeitrag](#) des Netzwerks Kinderrechte dazu).

Im **Ständerat** steht erneut das [Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus](#) auf dem Programm. Mit der geänderten Gesetzesvorlage soll die Polizei zusätzliche präventive Instrumente für den Umgang mit potentiellen terroristischen Gefährdern bekommen, darunter auch Massnahmen, die gegen Kinder verhängt werden können (Siehe dazu die Stellungnahme des [Netzwerks Kinderrechte Schweiz](#)). Weiter ist eine Motion für ein [Moratorium für EO- und ALV-Vorlagen und andere neue Sozial- und Fürsorgeleistungen](#) traktandiert, das verschiedene Leistungen für Kinder und Jugendliche betreffen würde. Der Vorstoss aus den Reihen der SVP fordert, dass noch nicht in Kraft gesetzte Leistungsausbauten bei der Erwerbersatzverordnung, der Arbeitslosenversicherung und anderen Sozialleistungen während einer Dauer von drei Jahren nicht in Kraft gesetzt werden. Betroffen davon wäre unter anderem der Vaterschaftsurlaub, die Einführung von Entschädigungen für Eltern von schwer kranken Kindern, die Einführung eines Adoptionsurlaubs und die Verbesserung von Leistungen zu Gunsten von Eltern, wenn ein Kind schwer erkrankt. Nach dem Nationalrat wird schliesslich auch der Ständerat die parlamentarische Initiative Aebischer «[Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter](#)» beraten, die verlangt, dass Angebote für Kinder bis vier Jahre in das bestehende Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG) aufgenommen werden. Die nationalrätliche Bildungscommission hat dabei einen Vorschlag ausgearbeitet, der es dem Bund ermöglicht, Kantone mittels befristeten Anschubfinanzierungen im Bereich der frühkindlichen Förderung zu unterstützen. Der Nationalrat hat der Minimalvariante bereits zugestimmt.

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar: [Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



Sessionswoche 1

Nationalrat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
07.09.2020	08.09.2020	09.09.2020	10.09.2020	11.09.2020

Geschäft des Bundesra-
tes

Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024

20.030

Sessionswoche 1

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
07.09.2020	08.09.2020	09.09.2020	10.09.2020	11.09.2020

Standesinitiative
SG

Parl. Initiative
Aebischer Matthias

**Änderung des Auslän-
dergesetzes. Mehr Ver-
bindlichkeit und Durch-
setzung des geltenden
Rechts bei Integration,
Sozialhilfe, Schulpflich-
ten und strafrechtli-
chen Massnahmen**

**Chancengerechtigkeit
vor dem Kindergarten-
alter**

16.307

17.412

Geschäft des BR

Postulat
Vara Céline

**Polizeiliche Massnah-
men zur Bekämpfung
von Terrorismus. Bun-
desgesetz**

**Finanzielle Unterstüt-
zung für Tagesschulen.
Es ist Zeit, einen Schritt
vorwärts zu machen**

19.032

20.3223

Motion

WBK-SR

**Covid-19-Verordnung
familienerg. Kinder-be-
treuung vom 20. Mai
2020. Überden-ken der
Umsetzung**

20.3912



Sessionswoche 2

Nationalrat

Montag 14.09.2020	Dienstag 15.09.2020	Mittwoch 16.09.2020	Donnerstag 17.09.2020	Freitag 18.09.2020
	Geschäft des BR	Standesinitiative TG		
	Erwerbsersatzgesetz. Mutterschaftsentschä- digung bei längerem Spital-aufenthalt des Neugeborenen	Kostendeckende Finanze- rung der Kinderspitäler und Kinderkliniken		
	18.092	18.318		
Geschäft des BR	Geschäft des BR	Geschäft des BR		
Legislaturplanung 2019- 2023	Legislaturplanung 2019- 2023	Internat. Zusammenarbeit und Mobilität in der Bil- dung. Bundesgesetz. Total- revision		
19.078	19.078	19.072		
	Motion Barrile Angelo	Motion Müller Damian		
	Medizinische Leistun- gen für alle Kinder!	Mehr Zeit für die Behand- lung von Kindern und Ju- gendlichen		
	19.4290	19.4120		

Sessionswoche 2

Ständerat

Montag 14.09.2020	Dienstag 15.09.2020	Mittwoch 16.09.2020	Donnerstag 17.09.2020	Freitag 18.09.2020
		Geschäft des BR		
		Ev. Erwerbsersatzgesetz. Mutterschaftsentschädi- gung bei längerem Spital- aufenthalt des Neugebore- nen		
		18.092		
		Geschäft des BR		
		Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024		
		20.030		



Sessionswoche 3

Nationalrat

Montag 21.09.2020	Dienstag 22.09.2020	Mittwoch 23.09.2020	Donnerstag 24.09.2020	Freitag 25.09.2020
Geschäft des BR	Geschäft des BR	Parl. Initiative Romano Marco	Parl. Initiative Müller Philipp	
Ev. Legislaturplanung 2019-2023	Ev. Terrorismus und or- ganisierte Kriminalität. Übereinkommen des Europarates	Einführung einer Adop- tionsentschädigung	Familiennachzug. Glei- che Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenom- mene	
19.078	18.071	13.478	16.403	
		Motion Noser Ruedi Ombudsstelle für Kin- derrechte	Standesinitiative GE Stopp der Administra- tivhaft für Kinder!	
		19.3633	18.321	
		Motion Stöckli Hans Erhöhung der Arznei- mittelsicherheit in der Pädiatrie. Medikations- fehler durch E-Health reduzieren	Geschäft des BR ZGB. Änderung des Ge- schlechts im Personen- standsregister	
		19.4119	19.081	
		Motion WBK-NR Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020. Überden- ken der Umsetzung		
		20.3917		



Sessionswoche 3

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
21.09.2020	22.09.2020	23.09.2020	24.09.2020	25.09.2020
Motion		Interpellation	Motion	
Kuprecht Alex		Graf Maya	WBK-NR	
Moratorium für EO- und ALV-Vorlagen und andere neue Sozial- und Fürsorgeleistungen		Normalisierung des Grenzregimes und Zu- sammenführung von Familien ist für Grenz- regionen dringend	Massnahmen zur Ver- ringerung der sozialen Selektivität.	
20.3415		20.3413	19.3418	
		Motion		
		Baume-Schneider Elisa- beth		
		Situation der Menschen ohne rechtlich geregelt- en Status berücksichti- gen		
		20.3420		



Übersicht über die relevanten Geschäfte der Herbstsession 2020

Geschäft des Bundesrates

18.092

Erwerbersersatzgesetz. Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen

Mütter, deren Kinder direkt nach der Geburt mehr als drei Wochen im Spital verbleiben müssen, sollen länger Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung haben. Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbersersatz verabschiedet. Damit erfüllt er einen Auftrag des Parlaments. Das Erwerbersersatzgesetz (EOG) sieht bereits heute vor, dass der Anspruch auf die Mutterschaftsentschädigung aufgeschoben werden kann, wenn das Neugeborene direkt nach der Geburt länger als drei Wochen im Spital bleiben muss. Allerdings sieht das EOG für die Dauer des Spitalaufenthalts des Neugeborenen keinen Erwerbersersatz für die Mutter vor und auch die Maximaldauer des Aufschubs ist nicht geregelt. Der Ständerat hat der Vorlage des Bundesrates angenommen bereits zugestimmt. Nun berät der Nationalrat darüber.

Geschäft des Bundesrates

19.032

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz

Durch die Gesetzesvorlage soll die Polizei zusätzliche Instrumente für den Umgang mit terroristischen Gefährdern bekommen. Darunter fallen auch polizeilich-präventive Massnahmen, die auch gegen Kinder verhängt werden können. So kann die Polizei den präventiven Hausarrest gegen Jugendliche ab 15 Jahren und das Kontakt- und Rayonverbot gar gegenüber Kindern im Alter von 12 Jahren anordnen. Das Geschäft wird zusammen mit dem Geschäft "Terrorismus und organisierte Kriminalität" behandelt. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat die Gesetzesänderung gutgeheissen. Dagegen war das links-grüne Lager, das insbesondere die möglichen Massnahmen gegen Kinder ablehnt. Die sicherheitspolitische Kommission des Ständerates schliesst sich ohne Gegenantrag dem Beschluss des Nationalrates an, welcher gegenüber dem Beschluss des Ständerates lediglich sprachliche Anpassungen vorgenommen hatte. Die Vorlage geht wieder zurück an den Ständerat.

Geschäft des Bundesrates

19.072

Internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Bundesgesetz. Totalrevision

Der Bundesrat beantragt dem Parlament eine Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Das neue Gesetz erweitert den Handlungsspielraum und sichert die Grundlage, um die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung auch in Zukunft wirksam fördern zu können. Das totalrevidierte Bundesgesetz bildet eine gleichwertige Rechtsgrundlage sowohl für eine Assoziierung an EU-Bildungsprogramme als auch für die Umsetzung eigener Schweizer Förderprogramme. Internationale Austauschprogramme für Studierende, Schüler und Berufsleute sollen nicht mehr so stark wie bisher auf die EU fokussiert sein. Der Ständerat hat die vom Bundesrat vorgeschlagenen Gesetzesänderungen gutgeheissen. Die Regierung will im Gesetz verankern, dass neben der Assoziierung an internationale Förderprogramme gleichwertig auch Schweizer Programme umgesetzt werden können. Nach neuer Regelung soll die



Regierung einer privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Institution Aufgaben übertragen können. Als nächstes berät der Nationalrat über die Totalrevision

Geschäft des Bundesrates

19.078

Legislaturplanung 2019-2023

Der Bundesrat legt die politische Agenda für die Legislatur 2019-2023 vor. Er setzt auf Kontinuität und hält an den drei Hauptzielen der letzten Legislatur fest: Wohlstand, Zusammenhalt und Sicherheit. Die drei Leitlinien sind: 1. Die Schweiz sichert ihren Wohlstand nachhaltig und nutzt die Chancen der Digitalisierung. 2. Die Schweiz fördert den nationalen Zusammenhalt und leistet einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit. 3. Die Schweiz sorgt für Sicherheit, engagiert sich für den Schutz des Klimas und agiert als verlässliche Partnerin in der Welt. Den drei Leitlinien sind 18 Legislaturziele und 53 Massnahmen zugeordnet. Kinderrechtlich relevant ist der Antrag der ständerätlichen Spezialkommission zum Leitziel 2. Sie fordert als Massnahme, die Verabschiedung der Botschaft zur politischen Bildung der jungen Generation zu ergänzen. Der Ständerat unterstützt die Legislaturplanung des Bundesrates und folgte dem Minderheitsantrag seiner Spezialkommission und ergänzte als Massnahme die Verabschiedung der Botschaft für die politische Bildung der jungen Generation sowie zusätzlich die Verabschiedung eines Aktionsplans für die Förderung der Mehrsprachigkeit und Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur.

Die nationalrätliche Spezialkommission hat weitere Massnahmen ergänzt, die kinderrechtlich relevant sind: Zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials und mit dem Ziel die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern zu fördern, soll eine nationale Strategie und eine Botschaft zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verabschiedet werden und um Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt zu minimieren, soll zudem ein entsprechender Aktionsplan verabschiedet werden.

Geschäft des Bundesrates

19.081

ZGB. Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister

Der Bundesrat will den spezifischen Bedürfnissen von Menschen mit Transidentität oder einer Variante der Geschlechtsentwicklung besser Rechnung tragen. Betroffene Personen sollen künftig ihr eingetragenes Geschlecht und ihren Vornamen mittels Erklärung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten rasch und unbürokratisch ändern können. Minderjährige Personen benötigen die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters. Eine vorgängige medizinische Untersuchung oder andere Vorbedingungen sind nicht notwendig. Heute müssen betroffene Menschen hohe Hürden überwinden und die rechtliche Anerkennung der Geschlechtsänderung gerichtlich feststellen lassen. Für Kinder werden die Hürden mit der neuen Vorlage indes erhöht. Die Verfahren sind oftmals langwierig und uneinheitlich, da keine klare gesetzliche Regelung besteht. Der Entwurf stellt die binäre Geschlechterordnung (männlich/weiblich) nicht in Frage; es wird keine dritte Geschlechtskategorie eingeführt. Der Bundesrat setzt sich gegenwärtig jedoch mit der Frage nach der Einführung eines dritten Geschlechts auseinander. Er erstellt in Erfüllung der Postulate 17.4121 und 17.4185 derzeit einen Bericht. Gemäss einer Studie des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) werden pro Jahr in der Schweiz rund 20 - 100 Kinder geboren, deren Geschlecht nicht eindeutig bestimmt werden kann. Der Ständerat folgt der Vorlage des Bundesrates mit 31 zu 7 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Als nächstes wird der Nationalrat die Vorlage behandeln.



Geschäft des Bundesrates

20.030

Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024

Der Bundesrat hat die Botschaft über die Förderung der Kultur für die Periode 2021-2024 verabschiedet und ans Parlament überwiesen. Die drei bisherigen strategischen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes - kulturelle Teilhabe, gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie Kreation und Innovation - werden beibehalten. Der Bundesrat legt ab 2021 einen Schwerpunkt auf den digitalen Wandel in der Kulturförderung. Zur Umsetzung der Botschaft sind finanzielle Mittel in der Höhe von 934,5 Millionen Franken vorgesehen. Kinder und Jugendliche betrifft die Botschaft insbesondere durch das Programm «Jugend und Musik», welches in Zusammenarbeit mit den Kantonen gezielte Förderung musikalisch Begabter vorantreiben will.

Parlamentarische Initiative Romano Marco

13.478

Einführung einer Adoptionsentschädigung

Das Bundesgesetz vom 25. September 1952 über den Erwerbssersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG) ist nach dem Muster von Kapitel IIIa mit einem neuen Kapitel IIIb zu ergänzen, das eine Erwerbsausfallentschädigung bei der Adoption eines Kindes vorsieht. Die Gesundheitskommissionen beider Räte haben nun eine Vorlage ausgearbeitet.

Parlamentarische Initiative Müller Philipp

16.403

Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene

Die rechtlichen Grundlagen sind so zu ändern, dass der Familiennachzug von Schutzbedürftigen gemäss Artikel 4 des Asylgesetzes (AsylG) gleich geregelt wird wie bei vorläufig aufgenommenen Personen. Ein Hinderungsgrund, diesen Status unbürokratisch anwenden zu können, ist der umfangreiche Familiennachzug, welcher in jedem Fall zugestanden würde (siehe Stellungnahme des Bundesrates auf die Motion 15.3801). Daher erleichtert eine Angleichung der Regelung zum Familiennachzug für Schutzbedürftige an die Regelung bei vorläufig Aufgenommenen die Anwendung des S-Status. Durch diese Änderung würde keinem Asylsuchenden sein Recht auf Familiennachzug eingeschränkt. Die Staatspolitischen Kommissionen beider Räte haben der Initiative zugestimmt.

Der Ständerat hiess mit 26 zu 14 Stimmen die Anpassung des Asylgesetzes gut, die seine Staatspolitische Kommission (SPK) ausgearbeitet hatte. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hingegen hat mit 13 zu 11 Stimmen beantragt, nicht auf den Entwurf des Ständerates einzutreten. Die Kommission sieht in dieser Änderung keinen Mehrwert, da der S-Status von den Bundesbehörden nie vergeben wurde. Anstatt eine Ungleichbehandlung zu beseitigen, würde diese Änderung vielmehr die Lage der betroffenen Personen verschlechtern. Etliche Kantone und auch das Uno-Flüchtlingswerk UNHCR lehnten diese Neuerung ab. Als nächstes wird der Nationalrat die Vorlage beraten.



Parlamentarische Initiative Aebischer Matthias

17.412

Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter

Die Initiative verlangt, die Zielgruppe von Kindern von 0 bis 4 Jahren in das bestehende Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG) aufzunehmen. Die Kommission war der Initiative zuerst wohlgesinnt, jedoch gab es auch kritische Stimmen. Insbesondere bestand Unklarheit, welche Angebote im Vorschulbereich über das KJFG gefördert werden könnten. Zudem war unklar, ob die finanziellen Mittel des heute auf rund 10 Millionen Franken beschränkten KJFG-Fördertopfs ausgeweitet würden oder ob letztlich nur die Anzahl anspruchsberechtigter Akteure, nicht jedoch das zur Verfügung stehende Geld zunehmen würde. Vor diesem Hintergrund lehnte es die WBK-NR im Februar 2019 die Initiative knapp ab. April 2019 wurde dieser Entscheid revidiert und die WBK-NR sprach sich für eine Umsetzung aus. Die Kommission möchte nun, dass der Bund die Kantone mittels befristeten Anschubfinanzierungen im Bereich der frühkindlichen Förderung unterstützt (befristet auf 10 Jahre, pro Jahr können max. 4 Kantone Finanzhilfen in der Höhe von 100'000 CHF während drei Jahren beziehen).

Der Nationalrat folgt mit 109 zu 75 Stimmen bei vier Enthaltungen dem Entwurf seiner Bildungskommission und lehnt den Minderheitenantrag ab, der mehr finanzielle Mittel für die Unterstützung der Kantone beantragte. Die vorberatende Kommission des Ständerates beantragt die Annahme der Vorlage.

Motion WBK-NR

19.3418

Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität

Der Bundesrat wird beauftragt, in seiner nächsten BFI-Botschaft Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität (z. B. Stipendien, Weiterbildung, Grundkompetenzen, höhere Berufsbildung, Sprachförderung) vorzusehen. Der Nationalrat hat die Motion entgegen der Empfehlung des Bundesrates bereits angenommen. Nun berät der Ständerat über die Vorlage.

Motion Noser Ruedi

19.3633

Ombudsstelle für Kinderrechte

Durch die Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, dem Parlament die Rechtsgrundlagen für eine Ombudsstelle für Kinderrechte zur Beratung vorzulegen. Diese müssen die notwendigen Kompetenzen bezüglich Informationsaustausch mit Behörden und Gerichten mit einem Auskunftsrecht schaffen und die Finanzierung sicherstellen. Die Ombudsstelle muss von der Verwaltung unabhängig und allen Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre aus der ganzen Schweiz sowie ihnen nahestehenden Personen niederschwellig zugänglich sein. Sie muss Kinder bezüglich ihrer Rechte informieren und beraten und so für das Kind den Zugang zur Justiz sicherstellen. Wenn nötig, soll die Ombudsstelle zwischen dem Kind und staatlichen Stellen vermitteln und Empfehlungen aussprechen können. Kinder und Jugendliche mit Fragen, die nicht rechtlicher Natur oder bereits abgedeckt sind, soll die Ombudsstelle an die bereits vorhandenen Angebote verweisen.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Der Ständerat hat die Motion mit 23 zu 20 Stimmen jedoch angenommen. Auch die vorberatende Kommission des Ständerates beantragt die Annahme der Motion.



Motion Stöckli Hans

19.4119

Erhöhung der Arzneimittelsicherheit in der Pädiatrie. Medikationsfehler durch E-Health reduzieren

Der Bundesrat wird durch die Motion beauftragt, Massnahmen zu ergreifen um die Anwendungssicherheit von Kinderarzneimitteln zu erhöhen. Dazu soll der Einsatz von eHealth-gestützten klinischen Entscheidungsunterstützungstools (d.h. elektronischer Verordnungssysteme) zur Vermeidung von Dosierungsfehlern mindestens im stationären Bereich und in der Offizinapotheke als verbindlich erklärt werden. Die Gesundheitskommission des Nationalrats empfiehlt die Motion zur Annahme.

Motion Müller Damian

19.4120

Mehr Zeit für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen

Die Motion beauftragt den Bundesrat, einen Erlassentwurf zu unterbreiten, der die Grundlage schafft, dass die Besonderheiten der Kinder- und Jugendmedizin zukünftig in den Sozialversicherungstarifen adäquat abgebildet werden. Der Motionär begründet dies damit, dass der Zeitaufwand für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen deutlich grösser ist als bei Erwachsenen. Minderjährige sind besonders schutzbedürftig und müssen altersgerecht in die Behandlung einbezogen werden. Ausserdem ist auch Lebensumfeld von Kindern - mit Eltern, Bezugspersonen, Familie, Schule, Freude etc. zu berücksichtigen. Dessen Vernetzung ist bei gesundheitlichen Problemen und Gespräche zu präventivem und gesundheitsförderndem Verhalten sind zentral. Laut Bundesrat ist eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen aber nicht erforderlich, da entsprechende Besonderheiten in den Tarifen TARMED und SwissDRG AG berücksichtigt wurden. Der Ständerat hat bereits zugestimmt und die Gesundheitskommission des Nationalrates empfiehlt ebenfalls die Annahme.

Motion Barrile Angelo

19.4290

Medizinische Leistungen für alle Kinder!

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 64a des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) so anzupassen, dass für Kinder und minderjährige Personen der Zugang zu medizinischen Leistungen gewährleistet bleibt, auch wenn ihre Eltern der Zahlungspflicht der Krankenkassenprämien nicht nachkommen. Der Bundesrat empfiehlt die Annahme dieser Motion.

Motion Kuprecht Alex

20.3415

Moratorium für EO- und ALV-Vorlagen und andere neue Sozial- und Fürsorgeleistungen

Der Vorstoss aus den Reihen der SVP fordert, dass noch nicht in Kraft gesetzte Leistungsausbauten bei der Erwerbersatzordnung, der Arbeitslosenversicherung und anderen neuen Sozialleistungen während einer Dauer von drei Jahren nicht in Kraft gesetzt werden. Betroffen davon wäre unter anderem der Vaterschaftsurlaub, die Einführung von Entschädigungen für Eltern von schwer kranken Kindern, die Einführung eines Adoptionsurlaubs, Verbesserungen von Betriebszulagen bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständig erwerbenden und die Verbesserung von Leistungen zu Gunsten der Eltern, wenn ein Kind schwer erkrankt ist und einen längeren Spitalaufenthalt notwendig macht. Die Antwort des Bundesrats liegt aktuell noch nicht vor.



Motion Baume-Schneider Elisabeth

20.3420

Situation der Menschen ohne rechtlich geregelten Status berücksichtigen

Der Bundesrat wird beauftragt, pragmatische Lösungen für Unterstützungsmöglichkeiten und für die Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen vorzuschlagen, damit bei Krisen wie der Covid-19-Krise den Menschen ohne rechtlich geregelten Status geholfen werden kann (Sans-Papiers, Personen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung und/oder solche, die in Branchen wie der Hauswirtschaft, dem Gastgewerbe oder dem Baugewerbe arbeiten und einen prekären Status haben). Diese Menschen haben weder Zugang zu Lohnersatzmassnahmen oder zur ordentlichen Sozialhilfe noch zum Gesundheitssystem. Dies betrifft vor allem auch Kinder aus diesen Familien. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage.

Motion WBK-SR

20.3912

Motion WBK-NR

20.3917

Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020. Überdenken der Umsetzung

Die Motion fordert den Bundesrat auf, die genannte Verordnung so anzupassen, dass das Ziel von Artikel 1 in allen Kantonen gleichermaßen erreicht wird. Dabei ist insbesondere Artikel 3 dahingehend zu ändern, dass eine flexiblere Umsetzung möglich ist und auch Institutionen berücksichtigt werden, die vom Kanton oder von der Gemeinde Subventionen erhalten, oder gar von der öffentlichen Hand betrieben werden, um so sicherzustellen, dass die lateinischen Kantone ebenfalls von den beschlossenen Massnahmen profitieren können. Eine Anpassung von Artikel 4 ist auch empfehlenswert, um zur Umsetzung des vom Parlament erteilten Auftrags beizutragen und dafür zu sorgen, dass die verschiedenen Infrastrukturen und Institutionen gleich behandelt werden. Eine gleichlautende Motion wurde von der WBK-NR auch im Nationalrat eingereicht.

Postulat Vara Céline

20.3223

Finanzielle Unterstützung für Tagesschulen. Es ist Zeit, einen Schritt vorwärts zu machen

Der Bundesrat wird beauftragt, die Möglichkeit für einen Gesetzesentwurf zu prüfen, der ein Impulsprogramm zur Förderung von Tagesschulen in den Kantonen und Gemeinden vorsieht. Das Thema soll im Rahmen eines Berichts behandelt werden und der Gesetzesentwurf soll sich am Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861; KBFHG) orientieren, wobei die Autonomie und die Kompetenzen der Kantone zu gewährleisten sind. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung des Postulats.

Interpellation Graf Maya

20.3413

Normalisierung des Grenzregimes und Zusammenführung von Familien ist für Grenzregionen dringend

Die Normalisierung des Grenzregimes und Zusammenführung von Familien ist für Grenzregionen dringend. Die Interpellantin stellt dem Bundesrat verschiedene Fragen zur aktuellen Situation:

1. Wann gedenkt der Bundesrat das Grenzregime in Koordination mit den Nachbarstaaten wieder ganz zu normalisieren?
2. Welche Schritte sieht er dabei vor und wie erfolgt die Absprache mit den Regierungen der betroffenen Grenzregionen?
3. Ist der Bundesrat bereit, als ersten nächsten Schritt einen umfassenden Familien-



nachzug zu beschliessen? Es kann ja nicht länger sein, dass Partner/Partnerinnen ohne Trauschein und Familienangehörige mit Kinder seit Wochen getrennt sind und sich nicht besuchen können?

Standesinitiative GE

18.321

Stopp der Administrativhaft für Kinder!

Der Grosse Rat des Kantons Genf fordert die Bundesversammlung auf, das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG; SR 142.20) dahingehend zu ändern, dass die Administrativhaft für Minderjährige in der Schweiz verboten ist. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates spricht sich dagegen aus, die Administrativhaft für minderjährige Migrantinnen und Migranten zu verbieten, wie dies eine Standesinitiative des Kantons Genf fordert. Vielmehr sollen die Kantone angehalten werden, die Administrativhaft nur als letztes Mittel und stets verhältnismässig anzuwenden. Auch die nationalrätliche Staatspolitische Kommission des Nationalrats spricht sich mit 14 zu 8 Stimmen gegen die Standesinitiative aus.

Standesinitiative SG

16.307

Änderung des Ausländergesetzes. Mehr Verbindlichkeit und Durchsetzung des geltenden Rechts bei Integration, Sozialhilfe, Schulpflichten und strafrechtlichen Massnahmen

Mit der Initiative will der Kanton St. Gallen, dass das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer in dem Sinne verschärft, als dass Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung an Nicht-EU-EFTA-Staatsangehörige direkt mit Integrationsvereinbarungen verknüpft und bei deren Nichteinhaltung gekündigt werden. Als wesentlich erachtet die Initiative, dass die lokale Rechtsordnung, die lokalen Wertvorstellungen akzeptiert und genügend Sprachkenntnisse ausgewiesen werden können. Verweigerung der Integrationsbemühungen sollen zum Widerruf der Bewilligung und zu rechtskräftigen Strafen führen. Dazu zählt auch die Missachtung von schulischen Pflichten der Erziehungspersonen. Der Ständerat und Nationalrat haben der Initiative Folge gegeben, die Staatspolitische Kommission des Nationalrats beantragt mit 15 zu 10 Stimmen, die Standesinitiative abzuschreiben, weil sie deren Forderungen durch die 2016 und 2018 in Kraft getretenen Änderungen des Strafrechts resp. des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) als erfüllt betrachtet. Der Nationalrat beschliesst mit 105 zu 83 Stimmen die Abschreibung des Vorstosses. Über die Abschreibung muss nun auch der Ständerat befinden.

Standesinitiative TG

18.318

Kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler und Kinderkliniken

Der Bundesrat wird aufgefordert, dahingehend tätig zu werden, dass die erbrachten Leistungen in der Tarifstruktur für die eigenständigen Kinderspitäler und die in Erwachsenen Spitälern integrierten Kinderkliniken sowohl für den spitalambulanten als auch den stationären Bereich kostendeckend vergütet werden. Verschiedene Geschäfte zu diesem Thema werden zusammen beraten: Motion SGK-SR: Kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler bei effizient erbrachten Leistungen (19.3957), Motion Müller: Mehr Zeit für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen (19.4120), Standesinitiative SG: Kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler und Kinderkliniken (18.309), Standesinitiative BS: Kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler (18.322), Standesinitiative BL: Sachgerechte Tarifstruktur sowie kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler (18.324).



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland